

Pressemitteilung Nr. 23 vom 20.07.2017

GEW Bayern zur Lehrer*innenarbeitslosigkeit: Sie ist durch bessere Personalplanung und reformierte Lehrer*innenbildung zu beheben. CSU muss endlich reagieren!

Allein jetzt im Juni 2017 haben sich in Bayern rund 2000 Lehrerinnen und Lehrer arbeitslos bzw. arbeitssuchend gemeldet. Zusätzlich zum bereits bestehenden Lehrer*innenmangel an bayerischen Grund-, Mittel-, Förder- und Berufsschulen weist die aktuelle Bertelsmannstudie zum Schülerboom nach, dass wir alleine für die Grundschulen bundesweit 24.000 zusätzliche Lehrer*innen bis 2025 benötigen. Nach Auffassung der Bildungsgewerkschaft GEW müssen endlich Perspektiven für die betroffenen Lehrkräfte geschaffen werden. Dies sei das Gebot der Stunde.

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern, Anton Salzbrunn sagte dazu heute in München: „Viele nicht verbeamtete Lehrer*innen hangeln sich seit vielen Jahren von einem befristeten Arbeitsvertrag zum nächsten. Oft sehr kurzfristig erhalten einige von ihnen zum neuen Schuljahr wieder einen neuen befristeten Vertrag. Befristete Arbeitsverhältnisse betreffen dabei oft Berufseinsteiger*innen. Finden die jungen Lehrer*innen keine Planstelle und bewerben sie sich nicht in anderen Bundesländern, bleibt ihnen oft nichts anderes übrig als Aushilfsverträge anzunehmen. Dies kann nicht einfach so weitergehen!“

Für die Bildungsgewerkschaft steht fest: Befristete Arbeitsverträge führen zu Unsicherheit und zu berechtigten Sorgen über Arbeitslosigkeit, Krankheit und die Alterssicherung. Auf der einen Seite massiver Lehrer*innenmangel, auf der anderen Seite arbeitssuchend gemeldete Pädagog*innen - eine Situation, die für die GEW nicht mehr nachvollziehbar ist.

„Im Juli melden sich also 2000 Kolleg*innen arbeitssuchend, während die Situation an den Grund- und Mittelschulen nicht mehr auszuhalten ist“, hält die Sprecherin der Fachgruppe Grund- und Mittelschulen der GEW Bayern, Ruth Brenner fest und ergänzt: „Eine veränderte Lehrer*innenausbildung hin zu einer Ausbildung nach den Altersstufen der Schüler*innen muss endlich konzeptionell angegangen werden. Zudem müssen deutlich mehr Planstellen geschaffen und die Stellen in der mobilen Reserve so ausgebaut werden, dass diese nicht wieder wenige Wochen nach Schulbeginn völlig ausgeschöpft ist. Nur so kann die Situation langfristig verändert werden.“

Gute Bildungsangebote und guter Unterricht gelingen nur, wenn gut qualifizierte Lehrer*innen dauerhaft beschäftigt werden. Die GEW fordert mit Nachdruck: Schluss mit dem Befristungsunwesen, Entfristung der bisherigen Arbeitsverträge, gute Qualifizierungsangebote für Seiten- und Quereinsteiger*innen und eine Offenlegung aller Bedarfs- und Planzahlen.

Rückfragen gerne an:

Anton Salzbrunn, Tel. 0176 / 65 54 40 36
oder Ruth Brenner, Tel. Tel. 0172 / 96 00 30 6

V.i.S.d.P.: Elke Hahn, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München; 0171/6760000